

II. Axel Röhrborn, Erlangen:

DAS FREIZEITAMT ERLANGEN

1. Entstehung

Das "Amt für Freizeit" (AF) der Stadt Erlangen besteht seit Oktober 1972. Hauptanlaß war seinerzeit die Eingemeindung vieler Ortsteile im Rahmen der Gebietsreform, sowie das Anwachsen der Bevölkerung von 35.000 Einwohnern vor dem 2. Weltkrieg auf jetzt über 100.000. Der größte Teil der Arbeitnehmer ist im Europäischen Forschungszentrum der Firma Siemens sowie bei der Universität Erlangen-Nürnberg beschäftigt, was zu einer mittelschichtig orientierten Bevölkerungsstruktur führte. Bereits 12% der Einwohner Erlangens sind Studenten. Erlangen wird dadurch zunehmend von einem "Bildungsbürgertum" bestimmt, was sich auch auf die sozialen und kulturellen Interessen und Aktivitäten auswirkt.

In dieser Situation soll das Freizeitamt eine dezentrale sozio-kulturelle Arbeit leisten, u.a. mit dem Auftrag, Bürgeraktivitäten im sozialen, kulturellen, stadtplanerischen und geselligen Bereich zu fördern. Ebenso im Zusammenwirken mit anderen Fachämtern die Situation von sozialen Randgruppen zu verbessern. Das bedeutet, daß Aufgaben und Angebote verschiedener Fachämter, die sich direkt im sozialen und kulturellen Bereich an die Bevölkerung wenden, im Freizeitamt koordiniert werden sollten. Z.B. Teile der Beratung und Betreuung von Vereinen und die Förderung von Formen kulturellen Schaffens, die noch nicht in breiten Bevölkerungskreisen etabliert waren (Kulturamt); Bereiche der offenen Jugendarbeit und die Betreuung der nicht in Dachorganisationen verankerten Gruppen und Clubs (Jugendamt); Gemeinwesenarbeit und Beratung von Stadtteilinitiativen (die verschiedenen Planungsämter); das Spielplatzwesen sowie Kinder- und Ferienprogramme (Jugendamt und Gartenamt).

Bei der Gründung des Freizeitamtes gab es keine präzise inhaltliche Festlegung dieser Arbeit. Niemand wußte, mit welchen Mitteln der Auftrag ausgeführt werden sollte - es gab keine spezielle Haushaltsstelle für das neue Amt. Die Mitarbeiter waren seinerzeit eine handvoll Sozialarbeiter, die sich in einer selbst organisierten Klausur über ihr dienstliches Umfeld und ihren beruflichen Auftrag Klarheit zu verschaffen versuchten, nachdem das Amt selbst in den ersten Monaten seines Bestehens kaum von den anderen etablierten Fachämtern zur Kenntnis genommen wurde. Diese Mitarbeiter haben während der Klausur aufgerastert, was jeder beruflich bis jetzt gemacht hatte, wo seine persönlichen Interessen und Neigungen liegen, wo seine Fähigkeiten sind und was er sich unter einer Tätigkeit im Freizeitamt vorstellt. Daraus ist dann schrittweise ein Konzept "Freizeitamt" entstanden, dessen Inhalt schriftlich fixiert dem Stadtrat zur Begutachtung vorgelegt wurde. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Stadträte, die ja den Text schon

längere Zeit vorher hatten, diesen auch gelesen haben, denn nach nur zwei Minuten Behandlung dieses Themas (die auch anwesenden Sozialarbeiter hatten sich auf eine ausführliche Diskussion vorbereitet) wurde der Punkt zustimmend abgehakt. Die Atmosphäre kann so beschrieben werde: "Also endlich hat sich mal jemand Gedanken über das Freizeitamt gemacht. Das ist ja ganz nett, was hier steht. Nun macht mal! - Nächster Tagesordnungspunkt." Damit ist das Freizeitamt endgültig sanktioniert gewesen. Diese Mitarbeiter, und viele, die noch dazu kamen (heute hat das Amt 55 Beschäftigte), haben aus dem Freizeitamt das gemacht, was es jetzt ist.

2. Gliederung

Die Einbettung des Freizeitamtes in das Kulturreferat zeigt das Schaubild. Das Amt selbst gliedert sich in drei Fachbereiche, welche wieder in folgende Aufgabenbereiche unterteilt sind:

1. Freizeitprogramme
  - 1.1. Kinderprogramme: Zentrale und dezentrale Durchführung von Freizeitkursen und Ferienprogrammen, Betreuung von Eltern-Kind-Gruppen, Angebote offener Werkstätten
  - 1.2. Veranstaltungen: Kulturelle Formen im musischen und gesellschaftlichen Bereich, wie z.B. Folklore, Volksmusik, Jazz, Beat, Pop, Rock, Tanz und Spiel, Laienkunst, Gastarbeiterfreizeitbetreuung, kommunales Kino u.a. mehr
  - 1.3. Wohnbereichs- und Gemeinwesenarbeit: Hilfen für Bürgerinitiativen, Clubs, Gruppen, Vereine usw; Planung, Errichtung und Betrieb von Spiel- und Freizeitanlagen sowie pädagogisch betreuten Abenteuerspielplätzen und Jugendfarmen; Errichtung und Betrieb von Gemeinschaftshäusern und -räumen; Beratung von Vereinigungen, die sich mit Freizeitaufgaben befassen; Mitwirkung in Bereichen der Stadtplanung im Rahmen von stadtteilbezogener sozialkultureller Aktivitäten und Gemeinwesenarbeit.
2. Musikstätte: Leitung und Betrieb der kommunalen Musikstätte im Freizeitzentrum Frankenhof
3. Verwaltung
  - 3.1. Städt. Jugendherberge und Jugendgästehaus
  - 3.2. Abwicklung der Verwaltungsaufgaben für alle Fachbereiche
  - 3.3. Wirtschaftsbetrieb im Freizeitzentrum Frankenhof und technisch-organisatorische Verwaltung der Stadtteilbüros, Gemeinschaftseinrichtungen usw.

### 3. Beteiligung an der Planung von Spiel- und Freizeit- anlagen

Im Kulturbereich gibt es über das Büro für Veranstaltungen im Amt für Freizeit eine besondere Form der Partizipation, zumeist von jungen Leuten in Anspruch genommen: experimentelle Formen in Musik, Theater, Puppenspiel, Amateurfilmerei, Straßenaktionen usw. finden organisatorische und finanzielle Hilfen (Räume, Werbung, Defizitbürgschaft), um ohne "tödliches" Risiko Erfahrungen zu sammeln und Publikum zu finden. Etliche "hoffähig" gewordene Darbietungen und Veranstaltungsreihen wurden danach vom Kulturamt übernommen, um sie in der etablierten kulturellen Ebene zu halten. Ferner gibt es den Programmbeirat aus den Besuchern des Kommunalkinos und aus Vertretern der Betreiber der Vorführstellen (fast nur Jugendliche und Vertreter aus Jugendclubs).

Sowohl als Beispiel partizipativer Methoden als auch für Planungsbeteiligung kann das selbstverwaltete Kommunikationszentrum E-Werk gelten: Vorhandene Aktivitäten (Jugendclub Sesam und Jazzclub Pupille) in der Innenstadt sollten wegen zu kleiner und zu lauter Räume verlegt werden. Gruppen, deren Aktivitäten mal hier, mal dort stattfinden mußten, benötigten ein Domizil: Im Stadtzentrum legten die Stadtwerke ein geräumiges E-Werk still. Nach etlichem Tauziehen stand das E-Werk für diese Zwecke zur Verfügung; die interessierten Gruppen gründeten einen Trägerverein für die angestrebte Selbstverwaltung und planten sehr rege den Aus- und Umbau mit. Im Zuge der Vereinsgründung hat die dafür einberufene Versammlung beschlossen, daß Stadt Erlangen (vertreten durch das AF) und Stadtjugendring nur einen Sitz o h n e Stimmrecht im Vorstand haben. Der Verein war durch Ausschöpfen aller Partizipationsmöglichkeiten schon lange vor der Eröffnung des E-Werk stark und selbstbewußt. Konzept des E-Werk und die Geschichte sind zu umfangreich, um sie hier genau darzustellen; Material gibt es beim Erlanger AF.

Da das Thema Spielplatz schon immer viel Zündstoff für Eltern war, sich öffentlich zu artikulieren und auch zu engagieren, bekam das AF 1974 den Aufgabenbereich Planung und Betrieb von Spiel- und Freizeitanlagen übertragen (bisher verteilt bei Jugend- und Gartenamt). So diente nun die Spielraumplanung in der Hand von Sozialarbeitern im AF zwei Zielen: zeitgemäße und nach speziellen pädagogischen Gesichtspunkten gestaltete Spielanlagen; das Medium "Spielplatz(-planung)" als Hebel zur Bürgeraktivierung. Wenn schon die festgelegten Formen des Planungsverlaufes nur unwesentlich gelockert werden können, dann soll wenigstens die Planungsbeteiligung durch "soziale Kreativität" Spaß am Mitmachen vermitteln und zu weiterem Tun anregen:

- Kinderkonferenzen: Die Nutzerstruktur im Einzugsbereich eines zu errichtenden oder umzurüstenden Spielgeländes wird durch die abrufbaren Zahlen der Datenspeicher im Einwohnermeldeamt sichtbar. Die anzusprechende(n) Ziel-Altersgruppe(n) wird eingeladen. In kleinen Gruppen

werden aus vielen Katalogen und Prospekten, Zeitschriften und alten Büchern Wandzeitungen zum neuen Spielplatz gemacht. Zum Auflockern ein Spaghetti-Essen. Gemeinsamkeiten von Darstellungen auf den Plakaten, Tendenzen der Kinderwünsche, mögliche Gerätekombinationen und Spiel Landschaften werden gemeinsam beraten. Ergebnis soll eine Aussage über den zukünftigen Spielplatz, Grundlage einer Planung, sein.

- Straßentheater als Entscheidungshilfe: Mit einem Kindertheater aus Berlin und ein andermal mit einer Jugendtheatergruppe aus Nürnberg wurden fertig eingeübte Theaterstücke, die sich auch mit der Umwelt und den Spiel- und Freizeitsituationen von Kindern und Jugendlichen beschäftigen, gringfügig so verändert, daß die markantesten Szenen sich vor dem Wohnhaus oder auf dem Spielplatz abspielen. Die Stücke wurden direkt in den Stadtteilen gespielt, über die das AF Informationen über die Erfahrung der Kinder mit Spielanlagen, Freizeitmöglichkeiten, Hausbewohnern, Hausmeistern, Geschwistern usw. erhalten wollte, um sie bei einer Planung für Gemeinschaftseinrichtungen zu berücksichtigen. Über das bevorstehende Theater informiert wurden nur Kinder bzw. Jugendliche der fragten Altersgruppe im betreffenden Wohnbereich entweder durch Hauswurfsendungen und Plakate oder durch direkte Einladung vermittelt einer beim AF vorliegenden Liste aus dem Einwohnermeldeamt. Das Theaterstück wurde mehrmals unterbrochen, um die Schauspieler und Helfer des AF mit den Besuchern an Tischen mit den verschiedensten Medien zum Thema arbeiten zu lassen (teilweise dann auch mitspielen oder vorspielen zu lassen). Anknüpfungspunkte waren Aufgaben wie: mein lustigstes Erlebnis mit unserem Hausmeister; wann und warum ich mich dieses Jahr besonders über meine älteren Geschwister (jüngeren Geschwister, Eltern, Nachbarn, Mitbewohner) gefreut habe; was ich in unserer Gegend besonders toll finde. Während des Erstellens von Zeichnungen, Wandzeichnungen, Szenen, Plakaten usw. erfolgten intensive Gespräche mit den Betreuern und Schauspielern, so daß in allen Fällen auch sehr schnell die negativen Erfahrungen und Erlebnisse, andere Wünsche und Vorstellungen über Einrichtungen im Wohnbereich, herausgearbeitet werden konnten.
- Spielmobil in der Stadtteilarbeit: Das Erlanger Spielmobil existierte zwar nur 1981 (aus finanziellen Gründen abgeschafft), war aber eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei stadtplanerischen Maßnahmen. Das Konzept war, daß das Spielmobil mit seinen drei Honorarkräften nicht irgendwann auf irgendeinen Spielplatz fuhr und stunden- oder tagelang etwas für Kinder anbot, sondern daß es sich nur um Einsätze von mindestens 5 Tagen bis zu mehreren Wochen handelt, die in Verbindung mit Aktionen von Stadtteilinitiativen, Eltern-Kind-Gruppen oder Kinderhort standen. Die Mitarbeiter vereinbarten rechtzeitig die Termine und sprachen mit den mitwirkenden Initiativen und Einrichtungen Ziel, Zweck und Inhalt der Mitspielaktionen ab. Die markantesten Ergebnisse waren einige recht fruchtbare Kon-

takte zwischen Kindern und Jugendlichen der Spielmobil-einsätze und Stadträten. In einem Fall wurde noch nach einem mehrwöchigen Einsatz des Spielmobils und mit Hilfe von verschiedenen Bürgern eine sehr rege Kinderinitiative begleitet, die es dann gemeinsam mit dem AF schaffte, in ihrem Stadtteil ab 1982 die Dauereinrichtung "Abenteuerspielplatz" mit zwei Honorarkräften durchzusetzen.

- Neubürgerumfragen: Wenn sich größere Wohnkomplexe, ganze Straßenzüge oder Wohnbereiche im Bau befinden, dann tritt das AF an das kommerzielle Büro heran, welches die Wohnungen oder Eigenheime zur Vermietung bzw. zum Verkauf anbietet. Das AF besorgt sich dort die Liste der zukünftigen Bewohner, noch bevor diese in dem neuen Wohnbereich anständig sind. An diese Adressen werden Fragebogen mit einem frankierten (Briefmarke!) Freiumschlag gesandt. Aus den Antworten ist u.a. erkenntlich: Freizeitaktivitäten am bisherigen Wohnort, Altersstruktur der Familie, Vorstellungen über den erwarteten Spielplatz und über Gemeinschaftseinrichtungen, unverbindliche Interessen-Bekundung über evtl. Mitwirkung bei Kinder-, Senioren-, Kulturprogrammen im Stadtteil. Der Rücklauf ist erfahrungsgemäß so groß, daß sich das AF ein ungefähres Bild über die zukünftige Bevölkerungsstruktur und deren soziale und kulturelle Interessen machen kann. Nachdem diese neuen Wohnbereiche ca. 3 Monate bewohnt sind (Einrichtungsphase), werden die Familien, die Jugendlichen oder die sonstigen Einzelpersonen, welche gleiche Interessen oder Vorstellungen haben, zu einer Kennenlernparty eingeladen und in zwangloser Situation miteinander bekanntgemacht. Gleichzeitig werden die Hilfen vorgestellt, die das AF geben kann (technische, organisatorische, finanzielle), wenn sich im Wohnbereich Wünsche nach Aktivitäten oder bestimmten Planungen ergeben sollten.

Aus diesen Veranstaltungen sind schon diverse Interessengruppen für Spielplatzplanung, für Kinder-, Jugend- und Kulturprogramme im Stadtteil entstanden.

#### 4. Stadtteilarbeit und "Kopenhagener Modell" als Versuch für Erlangen

Das AF hat u.a. den Auftrag, soziokulturelle Aktivitäten zu fördern und stabilisieren zu helfen. Dazu gehören in der koordinierenden AF-Zentrale das Büro für Wohnbereichsarbeit sowie die Stadtteilbüros (z.Z. sechs einschließlich den Kontaktbüros auf dem Abenteuerspielplatz und auf der Erlanger Jugendfarm). Die Dezentralisierung freizeitpädagogischer Maßnahmen geschieht unter dem Gesichtspunkt und mit Methoden der Gemeinwesenarbeit. Im Kulturreferat, zu dem auch das AF gehört, wird diese Arbeit als ein Teil kommunaler Sozialpolitik betrachtet, die über Aktivitäten auf dem Freizeitsektor als Hilfe zur Selbsthilfe angelegt ist. Die Sozialarbeiter in den Büros des AF verstehen ihren Einsatz als Teil der städtischen Erwachsenenbildung (soziale und kulturelle Erfahrungen, Erfolgserlebnisse, Betroffenheiten vermitteln und abrufen) und als praktische politische Bildung (Hilfen zur Veränderung einer Lage von Betroffenen).

"Kopenhagener Modell - ein Versuch für Erlangen" nennt sich ein konzeptionelles Gerüst für die gemeinwesen-orientierte Wohnbereichsarbeit des AF. Eine Gruppe von Vertretern aus Bürgerinitiativen, dem Mieterbeirat der Erlanger GeWoBau sowie der Aufsichtsrat der GeWoBau besuchten in Kopenhagen verschiedene Nachbarschaftsprojekte und Gemeinschaftseinrichtungen. Eine Arbeitsgruppe im AF gemeinsam mit Vertretern aus Initiativgruppen erarbeiteten ein "Kopenhagener Modell" für die Bedingungen in Erlangen.

Im Gegensatz zu großen Jugend- und Bürgerzentralen werden kleine überschaubare Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen angeboten, möglichst in direktem Bezug zur Wohnsiedlung. Die "Zellen" sind für den Benutzer keine anonymen Apparaturen; sie beherbergen daher mehr aktive und engagierte Mitbürger als große zentrale Einrichtungen. Kleine Club- und Gruppenleitungen mit geringer überschaubarer Problem- und Organisationskonfrontation sind stabilere Multiplikatoren als eine überlastete Gruppe von Verantwortlichen für eine Vielzahl von Nutzern. Solche "Zellen" sind: Etagen in ehemaligen Schulhäusern eingemeindeter Ortsteile, angemietete Wohnungen, umgebaute Wäsche- und Fahrradkeller, Garagenhallen, außer Betrieb gesetzte Versorgungsgebäude der Stadtwerke, neu gebaute Jugend- und Bürgertreffs. Nahezu zwei Drittel dieser Einrichtungen werden hauptsächlich von Jugendlichen genutzt oder diesen in erster Linie der Arbeit mit Kindern (Lernstuben, Eltern-Kind-Gruppen).

Darüber hinaus ist eine gewisse finanzielle Grundlage Voraussetzung für den praktischen Betrieb, für dessen animatorische Wirkung und für Bürgeraktivierung in Richtung Partizipation. Für den Betriebs- und Veranstaltungsbedarf von Bürgerinitiativen, autonomen Gruppen und Vereinen in den "Zellen" können Zuwendungen aus einer speziell dafür vorgesehenen Haushaltsstelle "Zuschüsse an Bürgergruppen, Initiativen und Vereine" gewährt werden. Bedingung ist, daß die Gruppen autonom arbeiten, selbst organisiert sind, nicht parteipolitisch und konfessionell gebunden sowie im kulturellen, sozialen, stadtplanerischen oder geselligen Sektor wirken. Eine Empfehlung des Stadtrates besagt, daß mindestens 5% dieser Jahresmittel für Fortbildungsmaßnahmen für Aktive aus diesen geförderten Initiativgruppen reserviert werden sollen. Darunter fallen auch Informationsveranstaltungen zur Beteiligung an Stadtplanung, zu Durchsetzungsstrategien gegenüber der Verwaltung und anderen Stellen, zu Methoden wirksamer Öffentlichkeitsarbeit, Exkursionen zu entsprechenden Einrichtungen an anderen Orten usw. Außer diesen Mitteln für direkte Zuwendungen fließen jährlich noch etliche finanzielle, technische und organisatorische Hilfen des AF über die "Zellen" in Maßnahmen und Veranstaltungen vieler Gruppen und Clubs: aus den Haushaltsmitteln für kulturelle und Ferienveranstaltungen, für Sonntagskonzerte, Kommunalkino und aus der Spielplatzgestaltung.

Weiterführende Literatur:

Information Amt für Freizeit. Eigendruck des Freizeitamtes, 116 Seiten, broschürt, DM 10,--.

Das Kommunikationszentrum E-Werk. Eigendruck des Freizeitamtes, 55 Seiten, broschürt. Mit einer dazugehörigen Broschüre über das Konzept und das Selbstverwaltungsmodell, DM 10,--.

Beide Schriften zu beziehen bei: Stadt Erlangen - Amt für Freizeit - Südl. Stadtmauerstr. 35, 8520 Erlangen.

EINGLIEDERUNG IN DIE STADT. GESAMTVERWALTUNG

Die Stellung des Freizeitamtes innerhalb der Stadtverwaltung läßt sich am besten anhand einer vereinfachten Graphik des Geschäftsverteilungsplanes veranschaulichen:

